

## Ein Jahr Brexit: Abkühlung in den deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen

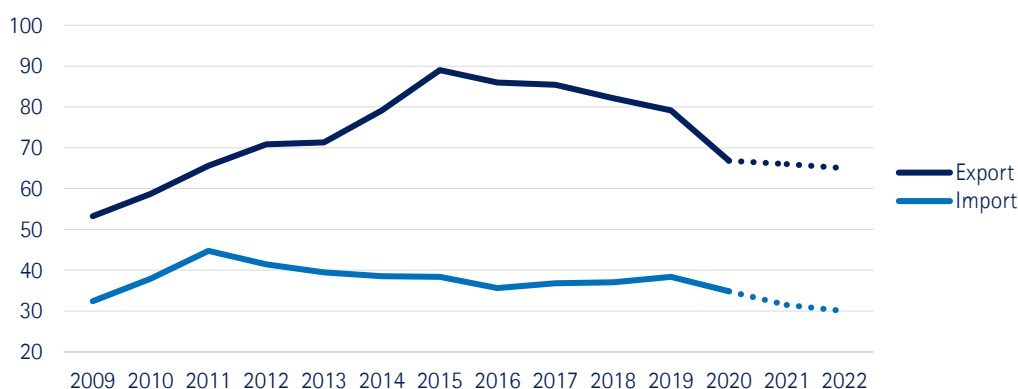
Seit dem 1. Januar 2021 ist das Vereinigte Königreich (UK) nicht mehr Teil des Binnenmarkts der Europäischen Union (EU). Die Handelsbeziehungen werden stattdessen im Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem UK (EU-UK Trade and Cooperation Agreement, TCA) geregelt. Das TCA hat zwangsläufig deutlich weniger Handelsvereinfachungen, als der Binnenmarkt vorsieht.

Dies schlägt sich auch in den Handelszahlen nieder: Die deutschen Investitionen in Großbritannien sind seit dem Brexit-Referendum rückläufig, ebenso die Exporte. Während Großbritannien im Jahr 2016 noch drittichtigster Exportmarkt Deutschlands war, ist das Land dieses Jahr auf Platz acht abgerutscht. Als Handelspartner hat das Vereinigte Königreich seitdem sogar noch mehr an Bedeutung verloren, es ist von Platz fünf auf aktuell Platz zehn zurückgefallen. Das bilaterale Handelsvolumen ist in dieser Zeit von 122 Milliarden auf rund 102 Milliarden Euro im Jahr 2020 gesunken. 2021 wird das Handelsvolumen vermutlich nochmals niedriger ausfallen und erstmals seit dem Jahr 2010 wertmäßig die 100 Milliarden Euro Schwelle nicht übersteigen. In den ersten zehn Monaten des Jahres wurden Waren im Wert von knapp 81 Milliarden Euro gehandelt, damit rund vier Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum – und das, obwohl es in diesem Jahr gerade im internationalen Handel zu enormen Kosten- und Preissteigerungen gekommen ist.

Aufgrund der Entwicklung und den bestehenden Herausforderungen erwartet der DIHK für das kommende Jahr einen weiteren Rückgang der Ex- und Importe. Dann könnte das Vereinigte Königreich in der Liste der wichtigsten Handelspartner Deutschlands sogar aus den Top 10 fallen.

### Handel zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich rückläufig<sup>1</sup>

Entwicklung in Mrd. Euro, 2021/2022 DIHK Prognose



### Veränderung jeweils ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent<sup>2</sup>

	Export Veränderung	Export Rang	Import Veränderung	Import Rang	Volumen Veränderung	Volumen Rang
2012	8,0	3	-7,3	7	1,8	5
2013	0,6	3	-4,8	7	-1,4	5
2014	11,1	3	-2,3	9	6,3	5
2015	12,4	3	-0,3	9	8,3	5
2016	-3,5	3	-7,2	11	-4,6	5
2017	-0,6	4	3,3	11	0,5	5
2018	-3,8	5	0,6	11	-2,5	6
2019	-3,6	5	3,7	11	-1,4	7
2020	-15,6	5	-9,3	11	-13,5	8
Jan-Okt 2021	-1,8	8	-8,0	12	-4,0	10

<sup>1</sup> Prognose für 2021 basiert auf der Annahme, dass die Exporte und Importe im vierten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ebenfalls rückläufig sein werden. Prognose für 2022 basiert auf der Annahme, dass sich der rückläufige Trend fortsetzen wird.

<sup>2</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, DIHK

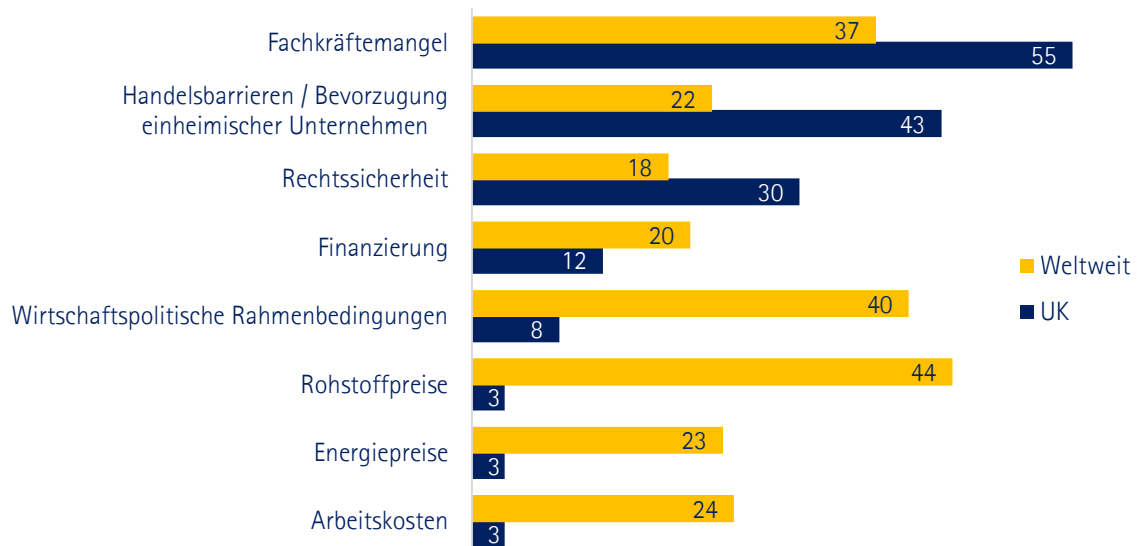
## Herausforderungen deutscher Unternehmen im UK

Der Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt sorgt für viele Herausforderungen bei den betroffenen Unternehmen, das zeigt die aktuelle Sonderauswertung des AHK World Business Outlook Herbst 2021. 43 Prozent der deutschen Unternehmen mit Standort im UK berichten von Handelsbarrieren bzw. einer Bevorzugung einheimischer Unternehmen. Weltweit berichten von solchen ökonomischen Diskriminierungen durchschnittlich lediglich 22 Prozent der Unternehmen.

Viele Betriebe haben Probleme mit der Mitarbeiterentsendung sowie Dienstleistungserbringung aufgrund der verschärften und bürokratischeren UK-Einwanderungspolitik sowie einer schlechten Kommunikation vonseiten der UK-Behörden. Folglich ist der Anteil der Unternehmen, die im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko sehen, im UK deutlich höher (55 Prozent) als im weltweiten Durchschnitt (37 Prozent). Auch die Rechtssicherheit wird an den britischen Standorten deutlich kritischer beurteilt (30 Prozent) als im globalen Schnitt (18 Prozent).

## Größte Geschäftsrisiken aus Sicht der deutschen Unternehmen im UK

Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

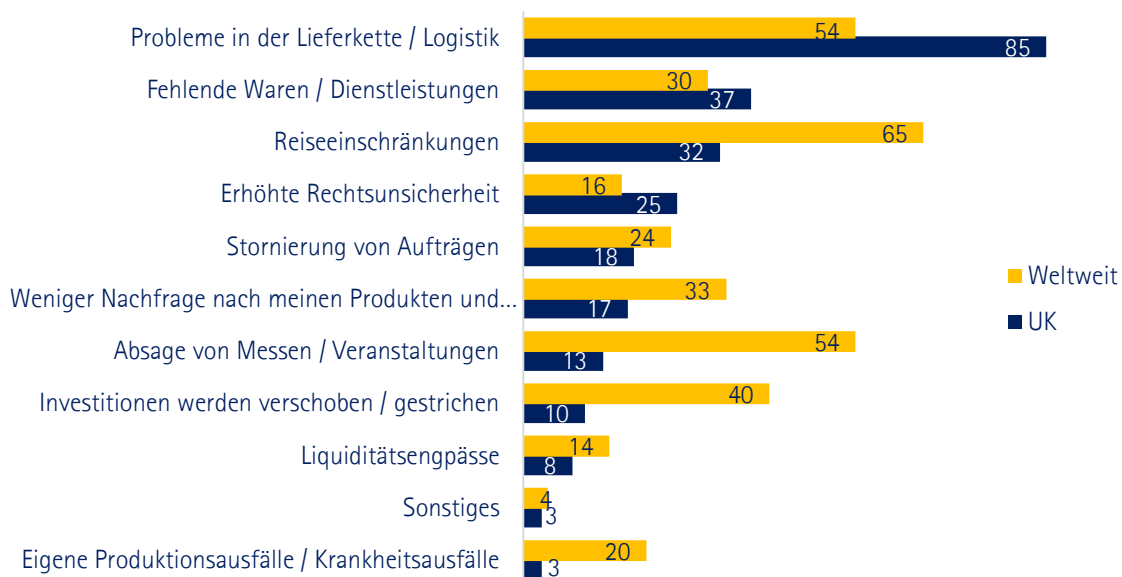


## Überdurchschnittlich häufig Probleme in der Lieferkette

Deutsche Unternehmen im Vereinigten Königreich berichten überdurchschnittlich häufig von Problemen in der Lieferkette als Auswirkung der Coronavirus-Pandemie: 85 Prozent sehen sich davon betroffen, weltweit sind es 54 Prozent. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) berichtet von fehlenden Waren und Dienstleistungen. Von Reiseeinschränkungen berichten im UK dagegen weniger Unternehmen als weltweit: während es im UK lediglich knapp ein Drittel der Unternehmen sind, beläuft sich der Wert weltweit auf 65 Prozent. Eine erhöhte Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie wird im Vereinigten Königreich von einem Viertel (25 Prozent) der Unternehmen genannt - weltweit sind es nur 16 Prozent.

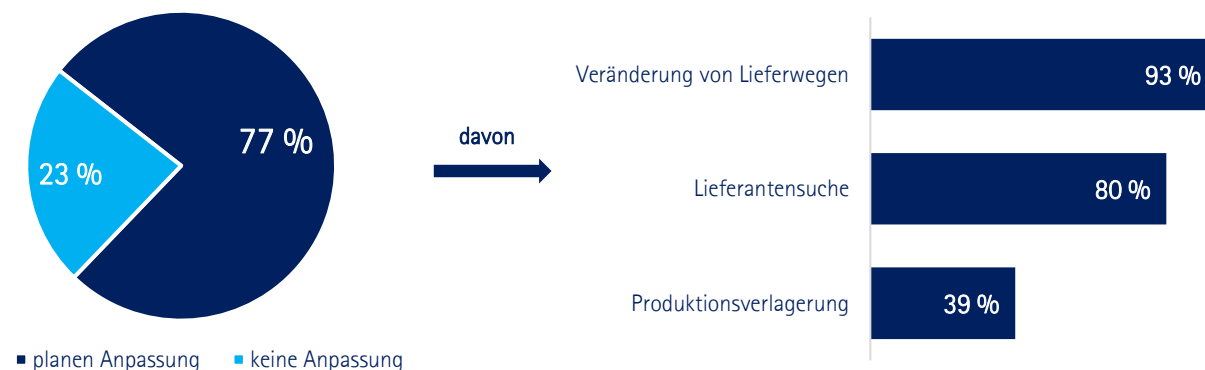
## Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für die deutschen Unternehmen im UK

Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich



Angesichts der Herausforderungen im internationalen Geschäft plant mehr als die Hälfte der Unternehmen weltweit ihre Lieferketten anzupassen oder ist bereits dabei, dies zu tun. Im Vereinigten Königreich geben sogar 77 Prozent der Unternehmen an, ihre Lieferketten diversifizieren zu wollen bzw. diese Anpassungen bereits vorgenommen zu haben. Die Anpassung der Lieferkette bezieht sich bei 93 Prozent der Unternehmen im UK auf eine Veränderung oder Verkürzung ihrer Lieferwege (weltweit: 32 Prozent). Dass der Anteil im UK besonders hoch ist, hängt eng mit dem EU-Austritt des Landes zusammen: Die gewohnten engen Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des EU-Binnenmarkts sind einer Drittstaatenbeziehung gewichen, die mehr Handelshemmnisse, gerade auch im Logistikbereich, bedeutet. Vier von fünf Unternehmen machen sich auf die Suche nach neuen oder zusätzlichen Lieferanten (weltweit 72 Prozent). 39 Prozent wollen Teile ihrer Produktion verlagern. Im weltweiten Vergleich sind das 15 Prozent der Betriebe – ein an sich schon hoher Wert, wenn die teilweise enormen Kosten einer solchen betrieblichen Maßnahme berücksichtigt werden.

## Anteil der Unternehmen, die ihre Lieferkette diversifizieren bzw. bereits Anpassungen vorgenommen haben



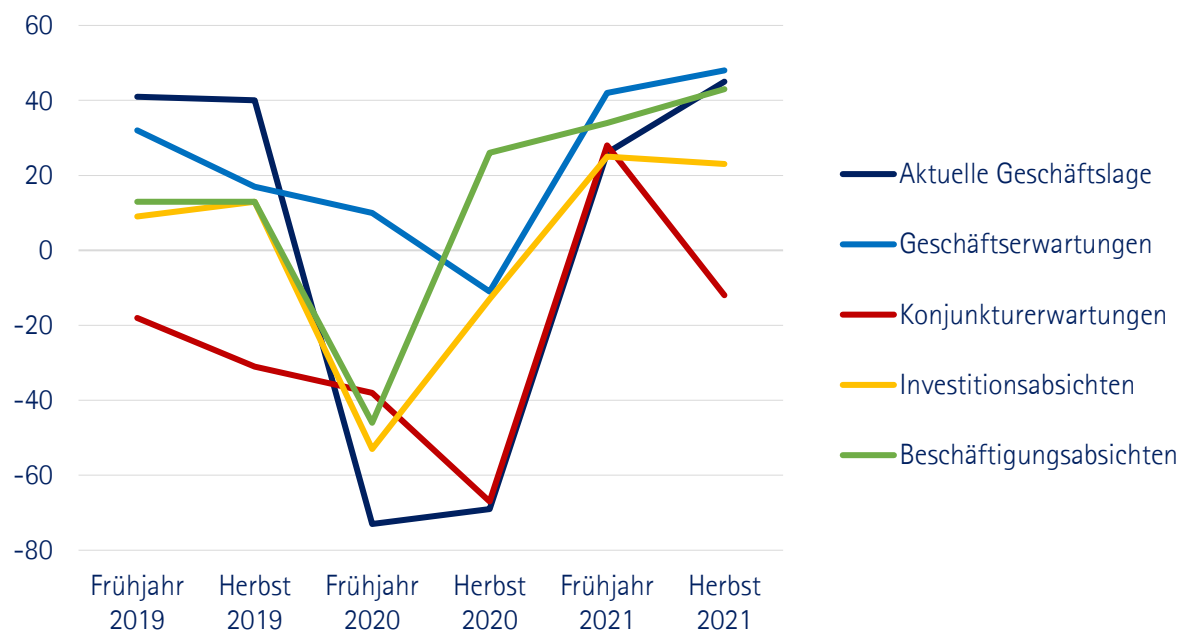
## Geschäftserwartungen gut, Konjunkturerwartungen schlecht

Zwar verbessert sich die Geschäftslage der deutschen Unternehmen im UK im Vergleich zur Frühjahr-Vorumfrage (Saldo von 45 nach zuvor 26 Punkten) und liegt damit über dem weltweiten Durchschnitt (41 Punkte). Auch sind die Erwartungen der Unternehmen für ihre eigenen Geschäfte ebenfalls optimistischer als zuletzt (Saldo von 48 nach 42 Punkten), wenngleich diese unter dem weltweiten Durchschnitt (Saldo 50) liegen.

Dennoch überwiegen die negativen Aussichten hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung im UK (Saldo minus zwölf Punkte nach 28 Punkten, aktueller weltweiter Schnitt plus 24 Punkte). Somit geht ein Großteil der Unternehmen von einer schwächeren und weltweit gesehen eher schwachen Konjunktur im UK in den kommenden Monaten aus, nachdem im Frühjahr die positiven Erwartungen noch überwogen hatten. Hier kommen die Auswirkungen des Brexits, wie etwa Probleme in der Logistik oder der Fachkräftemangel, voll zum Tragen. Angesichts der Herausforderungen und der oben genannten Geschäftsrisiken nehmen auch die Investitionsabsichten der Unternehmen im Vergleich zur Vorumfrage leicht ab (Saldo 23 nach zuvor 25 Punkten).

## Einschätzungen der deutschen Unternehmen im Vereinigten Königreich

Saldo in Punkten



## Auswertung der Ergebnisse nach Ländern

Jeweils Saldo aus gut/besser-Antworten minus schlecht/geringer-Antworten

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäftserwartungen	Konjunkturerwartungen vor Ort	Investitionsabsichten	Beschäftigungsabsichten
Welt gesamt	41	50	24	29	38
Eurozone	46	52	28	35	36
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	53	47	14	29	41
Vereinigtes Königreich	45	48	-12	23	43

## Handelspolitische Auswirkungen

Seit dem Austritt aus der EU ist das UK zum handelspolitischen Partner, aber auch zum Konkurrenten der EU und damit der deutschen Unternehmen geworden. So sind deutsche Unternehmen mehr denn je darauf angewiesen, dass die EU-Handelspolitik weiter offene Märkte sichert und erschließt, um keinen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber neuen britischen Handelsabkommen zu haben.

Die Abwendung des UK von europäischen Standards und Normen könnte negative Auswirkungen auf Unternehmen, die Waren nach UK exportieren bzw. von dort importieren haben. Dies betrifft verschiedene Bereiche wie etwa Landwirtschaft und Lebensmittel, Chemikalien, Umwelt, Datenschutz, Beihilferecht, Steuerpolitik, Finanzmarktpolitik, Investitionskontrollen, Sanktionen, Antidumping und Exportkontrollen.

Der Austritt des UK aus dem EU-Binnenmarkt macht deutschen Unternehmen gerade im Zollbereich immer noch zu schaffen. Deren Partnerunternehmen im UK sowie dortige Zollbehörden müssen eigene weitere zolltechnische Kompetenzen aufbauen, um einen möglichst reibungslosen Güter- und Warenaustausch zu ermöglichen.

Beispiel: Es gibt weiterhin zu wenige Zollstellen im UK, die an das elektronische System für das Versandverfahren (NCTS, New Computerized Transit System) angeschlossen sind. Dies führt wiederum zu finanziellem Mehraufwand bei den Betrieben: Speditionen müssen z.B. Umwege zu NCTS-fähigen Zollstellen im UK fahren, um Versandverfahren dort elektronisch schließen zu lassen oder sie bieten ihre logistischen Dienstleistungen gar nicht erst an. Wenn Versandverfahren nicht geschlossen werden, haften häufig die Speditionen gegenüber den Zollbehörden für Abgabenausfälle. Eine größere Anzahl von NCTS-Zollstellen würde den deutschen Unternehmen die Geschäftsabwicklung deutlich erleichtern.

Mit dem Austritt aus der EU ist das UK auch aus der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone (PEM) ausgetreten, die den Handel zwischen der EU, europäischen Nachbarstaaten und Mittelmeerrändern vereinfacht. Dadurch wird EU-Unternehmen die Möglichkeit genommen, britische Materialien in ihre Herstellungsprozesse einzubeziehen und im Zuge der sogenannten diagonalen Ursprungskumulierung von Zollvergünstigungen im Handel zwischen der EU, dem UK und den übrigen PEM-Partnerländern zu profitieren. Mit einem britischen PEM-Beitritt könnten deutsche Unternehmen wieder einfacher britische Vormaterialien in ihren Lieferketten nutzen und so den bilateralen Handel stärken.

Auch die Unsicherheit über den Fortbestand des Nordirlandprotokolls – einem Hauptbestandteil des EU-UK- Austrittsabkommens – verunsichert deutsche Unternehmen, da damit auch der Fortbestand des anschließend vereinbarten Handels- und Kooperationsabkommens (TCA) untergraben wird. Die EU sollte hier weiterhin geschlossen und entschlossen handeln.

## Impressum

### Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

### Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

### DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

### Redaktion

Steffen Behm, Carolin Herweg, Klemens Kober, Lola Machleid, Melanie Vogelbach

### Grafik

Sebastian Titze

### Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

### Stand

Dezember 2021